



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

das saw-Team wünscht euch noch nachträglich einen guten Start ins neue Jahr! Wir freuen uns auf ein produktives und erfolgreiches 2014 und weiterhin eine gute Zusammenarbeit.

Zum Jahresbeginn haben wir euch unter anderem wie jedes Jahr eine Übersicht über die Änderungen 2014 zusammengestellt.

Auch im students at work-Team beim DGB-Bundesvorstand ist eine Veränderung zu vermelden: Janis Klusmann ist zum 1. Januar 2014 aus dem saw-Team ausgeschieden. Wir möchten ihm an dieser Stelle für seinen Einsatz für die gewerkschaftliche Studierendenarbeit in den letzten Jahren ganz herzlich danken! Janis' Aufgaben im saw-Team werden bis auf weiteres Andrea Kirschtowski und Nelo Locke übernehmen.

Es grüßt euch euer saw-Team in Berlin!

Inhalt

Hochschulpolitik

- BAföG - Neuer Bericht belegt Handlungsnotwendigkeit
- Militärforschung an Hochschulen
- Studienabschluss in Regelstudienzeit bleibt Ausnahme
- Geschlechterverhältnisse: Alles bleibt beim Alten
- Sanktionen im SGB II/SGB III

Infos für das Campus Office

- Änderungen 2014

Neues vom saw-Team

- Termine & Seminare
- Leseempfehlung - BdWi Studienheft "Rechte Ideologie, Theorie und Netzwerke an Hochschulen"
- Interviewempfehlung - Helga Spindler: "Armutslöhne haben eine wichtige Funktion"
- Flyerempfehlung - ver.di

Impressum

Hochschulpolitik

BAföG - Neuer Bericht belegt Handlungsnotwendigkeit

Der 20. BAföG-Bericht hat es in sich: Die durchschnittliche Fördersumme und der Anteil der geförderten Studierenden sind in den letzten Jahren gesunken. Nur im Mittel sind die Werte über den Zeitraum des Berichts gestiegen. Tatsächlich sind sie 2012 bereits wieder gesunken. Dieser alarmierende Trend dürfte sich bis heute fortsetzen und wird von der Bundesregierung im Bericht komplett ignoriert.

Vor diesem Hintergrund ist der Koalitionsvertrag, in dem das BAföG nicht auftaucht, ein Skandal. Um die Bundesregierung zum Handeln zu bewegen, hat sich ein breites Bündnis zur besseren Ausgestaltung des BAföG gegründet. Das BAföG-Bündnis besteht aus den Akteur_innen Campusgrün, DGB-Jugend, freier Zusammenschluss von StudentInnenschaften e.V., GEW BASS, Juso-Hochschulgruppen, Die Linke.SDS, ver.di BAG Studierende und dem Buko der HBS. Grundlage des Bündnisses ist die gemeinsame Überzeugung, dass der Zugang zu Bildung nicht vom Geldbeutel abhängen darf und das BAföG das wichtigste Mittel zur Förderung von Bildungsgerechtigkeit ist.

Weitere Informationen dazu findet ihr [hier](http://jugend.dgb.de/-/icY) (<http://jugend.dgb.de/-/icY>), die Forderung des DGB [hier](http://jugend.dgb.de/-/icV) (<http://jugend.dgb.de/-/icV>) und unsere Kommentierung des Koalitionsvertrages [hier](http://jugend.dgb.de/-/ibS) (<http://jugend.dgb.de/-/ibS>). Den kompletten Bericht findet ihr [hier](#) und die Schönrederei der Bundesregierung [hier](http://www.bmbf.de/de/892.php) (<http://www.bmbf.de/de/892.php>).

Militärforschung an Hochschulen

Im November 2013 wurde durch Recherchen vom NDR und der Süddeutschen Zeitung bekannt, dass das amerikanische Verteidigungsministerium militärische Forschungsprojekte an deutschen Hochschulen in Auftrag gegeben bzw. mitfinanziert hat. Genauere Informationen über Umfang und Projekte fehlten. Um mehr Transparenz herzustellen, hat die Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung gestellt. In ihrer Antwort relativiert die Bundesregierung die Bedeutung der Forschung, dies sei Großteils Grundlagenforschung. Die Verantwortung für die Hochschulen sei zu dem Ländersache und die Bundesregierung damit nicht zuständig. So demonstriert die Bundesregierung weiterhin einen Mangel an Transparenz.

Die DGB-Jugend lehnt jegliche Kriegsbeteiligungen ab. Wir unterstützen die Forderungen der GEW nach Zivilklauseln und friedlicher Forschung an Hochschulen.

Weitere Infos dazu findet ihr [hier](http://jugend.dgb.de/-/ibn) (<http://jugend.dgb.de/-/ibn>) auf unserer Homepage und [hier](http://www.fzs.de/aktuelles/pressespiegel/314177.html) (<http://www.fzs.de/aktuelles/pressespiegel/314177.html>) bei der GEW. Die komplette Antwort der Bundesregierung findet ihr [hier](http://nicole-goehlke.de/index.php/bundestag/initiativen/604-forschung-fuer-die-verteidigungsministerien) (<http://nicole-goehlke.de/index.php/bundestag/initiativen/604-forschung-fuer-die-verteidigungsministerien>).

Studienabschluss in Regelstudienzeit bleibt Ausnahme

Das statistische Bundesamt bestätigte mit neu aufbereiteten Zahlen aus 2012 erneut, was Hochschulen nicht gerne hören: Der Studienabschluss in der Regelstudienzeit bleibt weiterhin die Ausnahme. An Universitäten sind es seit der bundesweiten statistischen Erfassung 2010 lediglich rund 35 Prozent der Studierenden, die mit Punktlandung ihr Studium beenden. Etwas besser ist der Wert an den (Fach)Hochschulen mit Werten rund um 43 Prozent. Der Gesamtdurchschnitt betrug 2012 39,3 Prozent. Nahezu 3/4 der Studierenden schafften den Studienabschluss in einem Zeitraum Regelstudienzeit plus zwei Semester. Hier zeichnete sich eine geringfügige Verbesserung ab.

Das ist kein Grund zum Feiern! Besonders betroffen von Studienverzögerungen sind BAföG-Empfänger_innen, die um ihre Förderung bangen müssen. Die Hochschulen müssen ihre Studiengänge endlich so gestalten, dass sie in der Regelstudienzeit studierbar sind.

weitere Informationen findet ihr bei Destatis [hier](#) (https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2014/02/PD14_037_213pdf.pdf?__blob=publicationFile) und die kompletten Daten [hier](#) (Fachserie 11 Reihe 4.3.1 Kapitel 22, https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Hochschulen/KennzahlenNichtmonetaer2110431127004.pdf?__blob=publicationFile).

Geschlechterverhältnisse: Alles bleibt beim Alten

Das Gender Daten Portal des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung befasst sich mit Bildungsbiografien und beruflichem Werdegängen von Männern und Frauen. Hier könnt ihr Daten finden zu Themen wie Arbeitszeiten, Entgeltgleichheit und Führungspositionen. Beispielhaft heraus greifen möchten wir die Ergebnisse zum Thema Studienübergangsquote, die 2013 veröffentlicht wurden.

Frauen mit Hochschulzugangsberechtigung beginnen seltener ein Studium als Männer, obwohl mittlerweile mehr Frauen als Männer über ein Abitur bzw. eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen. Insgesamt zeichnet sich ab, dass Berufsfelder weiterhin stark geschlechtsspezifisch verteilt sind. Das gilt sowohl für Berufsausbildungen als auch Studiengänge. Beispiele hierfür sind der Kraftfahrzeugmechatiker und die Friseurin und das Männer häufiger an Fachhochschulen und Frauen häufiger an Universitäten studieren. Weiterhin zeigt sich, dass Menschen mit Migrationshintergrund nach wie vor schlechtere Chancen auf eine gute (Aus-)Bildung haben.

Die Ergebnisse zeigen, dass es wichtig ist, weiterhin am Thema Chancengerechtigkeit in der Bildung zu arbeiten. Die DGB-Jugend setzt sich deshalb grundlegend für bessere Arbeits-, Ausbildungs- und Lebensbedingungen ein. Wer sich gegen eine Hochschulausbildung entscheidet, muss sich existenzsichernd versorgen können. Die Möglichkeiten der Bildung in Deutschland müssen unabhängig von der eigenen Herkunft durchlässiger werden.

Mehr dazu findet ihr [hier](#) (http://www.boeckler.de/wsi_43585.htm), einen Bericht zur ungleichen Verteilung innerhalb von Ausbildungsberufen in der Soli von Mitte 2013 [hier](#) (<http://jugend.dgb.de/-/XRu>) und im Gender-Index findet ihr [hier](#) (<http://www.gender-index.de/>) eine ausführliche Datensammlung zur Chancen(un)gleichheit von Frauen und Männer in der Arbeitswelt.

Sanktionen im SGB II/SGB III

Das Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) hat im Auftrag des Arbeits- und Sozialministerium in Nordrhein-Westfalen die Auswirkungen von Sanktionen im SGB II/SGB III untersucht. Die Untersuchung bezieht sich dementsprechend nur auf NRW. Wesentliche Erkenntnis: Die verhängten Sperrzeiten oder Sanktionen führen nicht dazu, dass die Betroffenen intensiver nach Arbeit suchen würden, als sie es schon tun. Vielmehr nehmen Verschuldung, Isolierung und Elend zu. Schließlich werden mit den Sanktionen Leistungsbezieher_innen unter das verfassungsrechtlich garantierte Existenzminimum gedrückt.

Vermutlich würden Untersuchungen in anderen Bundesländern zu ganz ähnlichen Ergebnissen führen. Die Ergebnisse unterstützen die Kritik, die es seit Jahren gibt. Auf Bundesebene ist hier vor allem Die Linke aktiv. 2013 war eine Petition gegen die Sanktionen bei Hartz IV mit 83.000 Unterschriften sehr erfolgreich. Nach der erfolgreichen Petition muss sich nun der Petitionsausschuss des Bundestags mit dem Thema befassen.

Weitere Informationen dazu findet ihr [hier](http://www.gegen-hartz.de/nachrichtenueberhartziv/ueber-83000-gegen-hartz-iv-sanktionen-900159027.php) (<http://www.gegen-hartz.de/nachrichtenueberhartziv/ueber-83000-gegen-hartz-iv-sanktionen-900159027.php>) und [hier](http://www.harald-thome.de/media/files/2013_Studie_ISG_Sanktionen_NRW.pdf) (http://www.harald-thome.de/media/files/2013_Studie_ISG_Sanktionen_NRW.pdf).

Infos für das Campus Office

Änderungen 2014

Arbeitnehmer_innenfreizügigkeit gilt nun auch für Bulgarien und Rumänien

Ab 1. Januar gilt die volle Arbeitnehmer_innenfreizügigkeit in der EU auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Bulgarien und Rumänien. Davon profitieren auch die Studierenden aus den beiden Ländern, die nun mehr als 120 ganze bzw. 240 halbe Tage arbeiten dürfen.

Weitere Informationen dazu findet ihr [hier](#) inklusive den neuen Sonderregelungen für Bürger_innen aus dem EU-Land Kroatien.

Mindestlöhne

Während über die Ausgestaltung eines allgemein gültigen Mindestlohns politisch gestritten wird - die Höhe von 8,50 Euro ist innerhalb der Koalition nicht umstritten im Gegensatz zu Ausnahmeregelungen und Öffnungsklauseln - existieren in einigen wenigen Branchen so genannte Branchen-Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz. Die Mindestlöhne gelten natürlich auch für studentische Jobber_innen in den entsprechenden Branchen.

Hier gab es zum 1. Januar einige Veränderungen. Eine Übersicht über die betroffenen Branchen und deren Mindestlöhne findet ihr [hier](http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/pr-mindestloehne-aentg-) (<http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/pr-mindestloehne-aentg->

[uebersicht.pdf?_blob=publicationFile](#)), einen ausführlicheren Überblick auch über die Entwicklung des Mindestlohns sowie über die Landesgrenzen hinweg bspw. [hier](#) (<http://de.wikipedia.org/wiki/Mindestlohn>).

Hartz IV-Regelsätze geringfügig erhöht

Zum 1. Januar 2014 wurden die Regelsätze in der Grundsicherung für Arbeitssuchende und Sozialhilfe erhöht. Ein_e alleinstehende_r Erwachsene_r erhält nun neun Euro mehr Hartz IV bzw. Sozialhilfe im Monat.

Die Erhöhung fällt zu gering aus, wie der DGB bereits zur Verkündung der Erhöhung im September 2013 anmerkte (siehe [hier](#), <http://www.dgb.de/-/NAV>).

Hier die neuen Regelsätze:

- Alleinlebende/Alleinerziehende 391 Euro
- Paare in Bedarfsgemeinschaften 353 Euro
- Erwachsene im Haushalt 313 Euro
- Jugendliche von 14 bis unter 18 Jahren 296 Euro
- Kinder von sechs bis unter 14 Jahren 261 Euro
- Kinder unter sechs Jahre 229 Euro

Elektronische Gesundheitskarte ist Pflicht

Seit 1. Januar müssen gesetzlich Krankenversicherte die neue elektronische Gesundheitskarte beim Arztbesuch vorlegen. Die neue elektronische Gesundheitskarte gilt künftig als Versicherungsnachweis und löst die Krankenversicherungskarte ab, welche unabhängig des aufgedruckten Gültigkeitsdatums ihre Gültigkeit verliert.

Die elektronische Gesundheitskarte ist nicht unumstritten. So zweifeln Kritiker_innen an der Datensicherheit und kritisieren die enorm hohen Kosten. Unter anderem deshalb haben ca. fünf Prozent der Versicherten die neue Karte noch nicht beantragt. Auch die Rechtmäßigkeit der Umstellungsfrist zum Januar 2014 wird rechtlich angezweifelt.

Offiziell heißt es, wer beim Arztbesuch keine Gesundheitskarte vorlegt, kann diese innerhalb von zehn Tagen nachreichen oder einen gültigen Versicherungsnachweis vorlegen. Ohne die elektronische Gesundheitskarte oder diesen Nachweis stellt der Arzt/die Ärztin eine private Rechnung aus. Diese kann wiederum bei der Krankenkasse eingereicht werden. So oder so: Ohne die neue Karte wird der Aufwand für eine ärztliche Behandlung zunehmen.

Weitere Informationen zur elektronischen Gesundheitskarte findet ihr [hier](#) (<http://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Artikel/2013/11/2013-11-05-elektronische-gesundheitskarte.html;jsessionid=67D3E109D33BAA3C2E256A6FA2C89042.s2t2?nn=391850>), [hier](#) (<http://www.stoppt-die-e-card.de/>) und [hier](#) (http://de.wikipedia.org/wiki/Elektronische_Gesundheitskarte).

Steuerfreibetrag erhöht

Der steuerliche Grundfreibetrag steigt 2014 auf 8.354 Euro. Zuzüglich einer Werbekostenpauschale von 1.000 Euro haben nun alle abhängig Beschäftigten einen

Freibetrag in Höhe von 9.354 Euro, der nicht versteuert werden muss. Dieser gilt selbstverständlich auch für Studierende.

Die Steuerberatung des AStA der Uni-Hamburg gibt regelmäßig ein Steuerinfo speziell für Studierende heraus, das wir euch gerne weiterempfehlen möchten. Das Steuerinfo findet ihr [hier](http://www.asta-uhh.de/beratung/beratungsinformationen/steuern.html) (<http://www.asta-uhh.de/beratung/beratungsinformationen/steuern.html>).

Prozesskostenhilfe/Beratungshilfeschein

Mit Beginn des Jahres 2014 traten die Veränderungen des Gesetzes zur Änderung des Prozesskosten- und Beratungshilferechts in Kraft. Die Änderungen beziehen sich vor allem auf das Antragsverfahren. Zudem hat sich das Antragsformular auf drei Seiten verlängert.

Hilfreiche Links, in denen die rechtlichen Neuregelungen detailliert aufgeführt und mit Praxistipps versehen sind, findet ihr [hier](#) (<http://www.juris.de/jportal/portal/t/2pt0/page/homerl.psml?nid=jpr-NLFRADG000213&cmsuri=%2Fjuris%2Fde%2Fnachrichten%2Fzeigenachricht.jsp>), [hier](#) (<http://sozialberatung-kiel.de/2014/01/03/das-neue-antragsformular-fur-die-beratungshilfe/>) und [hier](#) (<http://www.gegen-hartz.de/nachrichteneuberhartziv/neues-antragsformular-fuer-beratungshilfe-900159039.php>) sowie eine kurze Einführung auf unseren Seiten [hier](#) (<http://jugend.dgb.de/-/i0H>).

Neues vom saw-Team

Termine & Seminare

20.02.-21.02.2014, Berlin: ["6. Hochschulpolitische Forum der HBS unter der Überschrift 'Normalstudent ade?' - Studierende der ersten Generation, Berufserfahrene und Lebenslanges Lernen fordern die Hochschulen heraus"](#) (HBS)

21.02.-23.02.2014, Darmstadt: ["Vernetzungstreffen der Landesstudierendenvertretungen, hochschulpolitischen Referate und Bundesfachschaftentagungen - Schwerpunkt BAföG-Novelle und Kampagne"](#) (fzs)

28.02.-02.03.2014, Flecken-Zechlin: ["Werkvertrag? Honorarjob? - Selbstständigkeit bei studentischen Jobber innen"](#)

(DGB-Jugend Berlin-Brandenburg/Dieses Seminar richtet sich vorrangig an saw-Berater_innen und ist auch für Teilnehmer_innen aus anderen Bundesländern offen)

14.03.-16.03.2014, Berlin: [Aktionskonferenz Care Revolution unter dem Motto "Her mit dem guten Leben - für alle weltweit!"](#) (AK Reproduktion des Feministischen Instituts Hamburg und der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation u.a. mit der Jungen GEW Sachsen sowie verschiedener ver.di-Initiativen)

16.03.-21.03.2014, Hattingen: Seminar ["students at work - Arbeits- und sozialrechtliche Beratung für Studierende - Einführungsseminar"](#) (DGB-Jugend)

17.03.-23.03.2014, Berlin: [LIMA - die linke Medienakademie](#) (LIMA)

26.03.-28.03.2014, Hattingen: ["Impuls-Konferenz für Aktive in der Studierendenarbeit"](#) (DGB-Jugend)

25.04.-27.04.2014, Hattingen: Seminar ["students at work - Arbeits- und sozialrechtliche Anfangsberatung für Studierende - Aufbauseminar II - Sensible Beratungsthemen"](#) (DGB-Jugend)

Leseempfehlung - BdWi Studienheft "Rechte Ideologie, Theorie und Netzwerke an Hochschulen"

Rechte Strukturen existieren auch jenseits des Klischeebildes von auf der Straße prügelnden Nazis. Angefangen bei der historischen Entwicklung über Ideologieproduktion innerhalb der Hochschulen bis hin zu Gegenaktivitäten werden verschiedenste Aspekte des Themenbereiches in dieser Publikation aufgearbeitet. Es geht unter anderem um Extremismusforschung, den biologischen Begriff der "Menschenrassen" und Bildungspolitik. Zusammen mit dem fzs, der GEW, der Österreichischen Hochschüler_innenschaft und dem Studierendenrat der Uni Jena hat der Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) hier eine umfassende Sammlung sehr spannender Artikel zum Thema ‚Wissenschaft von Rechts‘ herausgegeben.

Wir meinen, das ist äußerst lesenswert. Das Heft kann [hier](#) bestellt werden.

Interviewempfehlung - Helga Spindler: "Armutslöhne haben eine wichtige Funktion"

Prof. Dr. Helga Spindler, Professorin für Öffentliches Recht, Sozialrecht und Arbeitsrecht an der Universität Duisburg, gehört zu den namhaften Hartz IV-Kritiker_innen. Sie setzt sich nicht nur aktiv gegen die Sanktionen für ALG II Empfänger_innen ein, sondern untersucht auch immer wieder die Wechselwirkungen von Hartz IV in andere gesellschaftliche Bereiche sowie gesetzliche Regelbereiche. In dem aktuellen Interview von Anfang Januar geht sie auf die Wechselwirkung von Armut und wirtschaftlichem Aufschwung ein.

Wir empfehlen, einfach mal lesen. Das Interview findet ihr [hier](#).

Flyerempfehlung - ver.di

Der Fachbereich V (Bildung, Wissenschaft und Forschung) hat einen neuen Flyer für Studierende herausgebracht. Diesen findet ihr [hier](#).

Impressum

Dies ist der Newsletter der DGB-Jugend im DGB Bundesvorstand zum Thema Studium. Er erscheint idealerweise alle ein bis zwei Monate und informiert über aktuelle hochschul- und sozialpolitische Themen, Termine und Ereignisse sowie entsprechende Seminare und Workshops. Das Newsletter-Archiv ist derzeit nicht erreichbar.

Um den Newsletter zu abonnieren oder das Abonnement zu kündigen, so ist das derzeit nur per Mail an studienjob@dgb.de möglich. Die Redaktion ist unter studienjob@dgb.de zu

erreichen. ViSdP ist Florian Hagenmiller, DGB-Jugend im DGB Bundesvorstand, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin.